

Wer sind wir – Was wollen wir? Von Feminismus, Gender Studies und Queer Theory. Bestandsaufnahme und Orientierungsversuche einer Neuen Generation

2. Feministische PolitikwissenschaftlerInnentagung vom 4. bis 6. Juni 2004 in Marburg

Anne Tittor, Anja Willmann

Anliegen der für alle Geschlechter offenen Tagung, die von einer Gruppe von Studentinnen organisiert wurde, war es, das Spannungsverhältnis zwischen klassischen feministischen Theorien und postmodernen, dekonstruktivistisch geleiteten queeren Ansätzen zu diskutieren. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, ob sich queere und feministische Ansätze ausschließen (müssen) oder wie sie sich ergänzen könnten. Den Veranstalterinnen war es wichtig, dass sich die Debatten nicht nur auf der Theorieebene bewegten, sondern vor allem auch Möglichkeiten politischen Handelns aufzeigten.

Eröffnet wurde die Tagung mit einer Vertreterin der „alten Generation“ *Ingrid Kurz-Scherf* (Universität Marburg), die in ihrem Vortrag den Feminismus rückblickend als „erfolgreich gescheitertes Projekt“ beurteilte. *Birgit Sauer* (Universität Wien) konstatierte vor allem eine Auseinanderentwicklung von Frauenbewegung, die sich professionalisiert und Frauenforschung, die sich zunehmend akademisiert habe. Beide Referentinnen gingen in ihren Vorträgen nicht auf Queer-Theory ein, was Kritik der „neuen Generation“ im Plenum hervorrief.

In der Podiumsdiskussion am zweiten Tag wurden anhand der Frage „Geschlecht(er) und Herrschaft – Theorie im Widerspruch?“ Ansätze diskutiert, die eine dekonstruktivistische und queere Perspektive (stärker) miteinbeziehen. *Antke Engel* (Hamburg) betonte, dass queer eben nicht nur auf Sexualität bezogen sei, sondern Heteronormativität und Hierarchisierung in allen gesellschaftlichen Feldern thematisiert werden müssen. Sie schlug eine praktische Orientierung zur Anfechtung von Herrschaft mit Hilfe der Begriffe Enthierarchisierung und Denormativierung vor. Auch *Nancy Wagenknecht* (Berlin) sah Heteronormativität als das Dispositiv der Geschlechterverhältnisse. Allerdings mache eine objektive und subjektive Vervielfältigung von sozialen Positionen ein binäres Verständnis von Gesellschaft für viele obsolet. Die differentielle Integration, die durch geschickte Anrufung eine Subjektivität (freiwillige Unterwerfung) der einzelnen hervorrufe, habe dazu geführt, dass die Grüppchen, die politisch handeln, immer kleiner werden. Deshalb plädierte *Clarissa Rudolph* (Universität Marburg) dafür, die kollektive Identität, die auch themenspezifisch hergestellt werden könne, nicht auf-

zugeben, gerade weil sie die Grundvoraussetzung für politische Handlungsfähigkeit darstelle. Feminismus solle Kritik am Androzentrismus, an sozialer Ungleichheit, die Parteinahme gegen Unterdrückungsverhältnisse und das Aufzeigen patriarchaler Herrschaftsstrukturen mit dem Ziel ihrer Abschaffung bleiben. *Engel* hielt es dagegen für sinnvoll, politische Konzepte zu entwerfen, die ohne Anpassung und ohne die Notwendigkeit einer Einigung auskämen. Gleichzeitig sah sie einen Wandel der Herrschaftsmechanismen in pluralen Gesellschaften. So entspräche die Abschaffung der Kategorie Geschlecht durchaus dem Zeitgeist. Eine Vervielfältigung oder Auflösung der Geschlechter verschleierte auch dann Unterdrückungsverhältnisse, wenn indifferent verschiedene Praktiken einfach nebeneinander gestellt würden und dadurch ein „mainstreaming von queer“ hervorrufen wird, wie am Beispiel der polysexuellen Parties in Hamburg aufgezeigt werden konnte. Deshalb schlug sie vielmehr die VerUneindeutigung von Geschlecht statt dessen Abschaffung vor. *Kurz-Scherf* äußerte ihre Skepsis an diesem Politikkonzept, da sie nicht jedes Dominanzverhältnis als ein Herrschaftsverhältnis begreife. So sah sie in der Heteronormativität lediglich ein Dominanzverhältnis, im Patriarchat allerdings ein Herrschaftsverhältnis, welches queere Ansätze Gefahr laufen auszublenzen. *Rudolph*, *Wagenknecht* und *Engel* waren deutlich opti-

mistischer, dass queere Konzepte mit feministischen Politiken vereinbar seien.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion nahmen die Workshops breiten Raum ein, wovon sich viele auf Konstruktionen und Konstitutionsmechanismen von Geschlechtern, Geschlechterverhältnissen und ihre Zusammenhänge mit verschiedenen Herrschaftsformen konzentrierten.

Reges Interesse gab es an dem Workshop „Mainstreaming Gender!“, in welchem kritisch diskutiert wurde, ob Gender Mainstreaming ein Konzept darstelle, mit dem die faktische gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen überwunden werden könne.

Die Workshopergebnisse wurden am darauffolgenden Tag auf ungewöhnlich kreative und erfrischende Weise präsentiert. Auf das Abschlussplenum übertrug sich die angeregte Stimmung. In einer offenen Diskussion mit hoher Beteiligung wurde insbesondere auf die als problematisch erachteten Implikationen von Identitätspolitik hingewiesen. Zum Schluss wurde überlegt, wie (gemeinsames) politisches Handeln möglich sei, ohne kollektive Identitäten zu konstruieren.

Zur weiteren Diskussion der offenen Fragen wird es ein Folgetreffen geben, bei dem sich die TeilnehmerInnen weiter austauschen, vernetzen, Bekannte wieder treffen und mit neuen Impulsen in den akademischen und/oder politischen Alltag zurückkehren können.